

Energiepreisbremsen, Klimasozialfonds und Klimaprämie – die richtigen sozialpolitischen Antworten für das "new normal"?

Prof. Dr. Pia A. Lange, LL.M. (UCT)



Einführung





Gliederung

- I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - a. Soziale Flankierung der ökologischen Transformation als Zielsetzung des Sozialstaats
 - b. Notwendigkeit flankierender Maßnahmen jenseits der Gewährleistung sozialstaatlicher Minima?
- II. Sozialpolitische Antworten
 - a. Energiepreisbremsen, Energiepauschalen, Pendlerpauschale, Heizungs- und Klimakomponenten
 - b. Klimaprämie
 - c. Klimasozialfonds
- III. Fazit und Ausblick

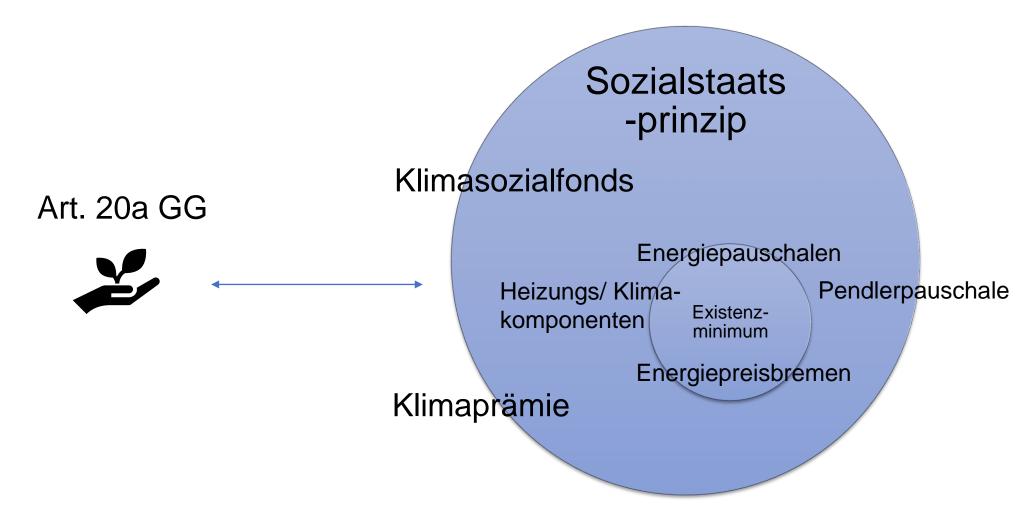


Verfassungsrechtliche Ausgangslage

Sozialstaats -prinzip Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers "SOZIALES" Existenzminimum



Sozialpolitische Antworten





Fazit und Ausblick

- gesellschaftsverträgliche Gestaltung der ökologischen Transformation = neue Aufgabe des Sozialstaats
- monetäre Ausgleichsmaßnahmen klimaschützender Maßnahmen sind im Bereich der Existenzsicherung sozialstaatlich zwingend, darüber hinausgehende monetäre Ausgleichsmaßnahmen bergen indes die Gefahr der finanziellen Überlastung des Sozialstaates. Gleichzeitig konterkarieren sie teilweise die Zielsetzung des Klimaschutzes, können jedoch als "Übergangsphänomen" gesellschaftliche Akzeptanz klimaschützender Maßnahmen fördern
- sinnvoller erscheinen jedoch Maßnahmen, die keine zusätzlichen staatlichen Kosten verursachen und keine konterkarierenden Anreize setzen (Klimaprämie)
- nicht alle sozialen Auswirkungen der ökologischen Transformation lassen sich monetär ausgleichen, strukturelle gesellschaftliche Veränderungen erforderlich (Ansatz des Klimasozialfonds)



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Pia A. Lange, LLM. (UCT)

Department of Public Law, European Law, Social Law, Gender and Diversity in Law

University of Bremen

Faculty 06 I Law Faculty pialange@uni-bremen.de